

NACHRICHTEN-RUBRIKEN

 Top Nachrichten

Politik

Wirtschaft

Unternehmen

Panorama

Global News Center



Grüne: Abgeordnete sollten Einkunftshöhe offenlegen

Freitag 7 Januar, 2005 15:05 CET



Berlin (Reuters) - Grünen-Chefin Claudia Roth hat gefordert, dass Abgeordnete künftig die Höhe ihrer Nebeneinkünfte offenlegen sollen.

Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) verlangte, Ministern und Staatssekretären müsse jeden Nebentätigkeit verboten werden.

Roth sagte am Freitag in Berlin: "Es muss klar sein, wer von wem Zuwendungen in welcher Höhe erhält." Bisher müssten Abgeordnete Nebentätigkeiten zu melden, aber nicht angeben, ob und wie diese entlohnt würden. Auch die Unternehmen müssten in die Verantwortung genommen werden. Der SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz und der SPD-Abgeordnete Ulri Kelber sprachen sich ebenfalls für eine Offenlegung aller Einkünfte aus. SPD-Chef Franz Müntefering sagte, Mitte Januar solle ein gemeinsamer Verfahrensvorschlag aller Fraktionen des Bundestags zur Überprüfung der Verhaltensregeln für Abgeordnete gefunden werden. Die neben ihrem Abgeordnetenmandat für die Dresdner Bank arbeitende CDU-Politikerin Hildegard Müller erhält nach einem Bericht der "Bild"-Zeitung von dem Geldinstitut monatlich gut 2000 Euro. Die Zeitung "Die Welt" listete weitere Bundestagsabgeordnete mit Nebentätigkeiten auf.

Nach den Rücktritten von CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer und dem Vorsitzenden der CDU-Sozialausschüsse, Hermann-Josef Arentz, wegen unklarer Zahlungen ihrer früheren Arbeitgeber war in vergangenen Tagen wiederholt über die Nebeneinkünfte weiterer Politiker berichtet worden.

Müntefering erklärte, es müsse darum gehen, Regeln wo nötig zu korrigieren, "aber auch unberechtigten Zwecken und Erwartungen klar zu widersprechen". Der seit 2002 geltende Abgeordneten-Kodex habe die Transparenz der Einnahmen der Parlamentarier deutlich verbessert. Den Abgeordneten dürfe auch nicht jedes Recht auf Nebentätigkeit abgesprochen werden. Wo von Parlamentariern "quasi interessenfreies politisches Handeln verlangt wird, geht das am Grundgesetz und an der Lebenswirklichkeit vorbei". Müntefering fügte hinzu: "Der Deutsche Bundestag ist keine berufsfreie Zone und keine interessenfreie Veranstaltung."

AUCH IN SPD FORDERUNG NACH GENAUER OFFENLEGUNG

SPD-Politiker Wiefelspütz sagte im WDR: "Ich hätte persönlich überhaupt nichts dagegen, wenn man das öffentlich machen könnte, wie viel man an Nebentätigkeiten einnimmt." Zudem müssten Nebentätigkeiten auch von der zeitlichen Belastung her gering bleiben. Man könne das Bundestagsmandat nur dann voll ausfüllen, "wenn man seine Hauptarbeitskraft diesem Amt widmet". Der SPD-Politiker Kelber, der als "gläserner Abgeordneter" seine Einnahmen veröffentlicht, sagte Reuters: "Ich bin dafür, die gesetzlichen Offenlegungspflichten zu verschärfen." Einnahmen aus Vorträgen, Mandaten in Aufsichtsräten und durch Beraterverträge sollten veröffentlicht werden müssen. Dagegen sagte der parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Peter Ramsauer: "Alle Vorschläge über angeblich nötige Neuregelungen sind absurd. Forderungen nach einer Veröffentlichungspflicht halte ich für völlig unakzeptabel."

CSU-Chef Stoiber sagte dem Magazin "Focus", für Minister und Staatssekretäre solle eine Nebentätigkeit in Unternehmen "grundsätzlich ausgeschlossen sein".

Die "Bild"-Zeitung berichtet, die Merkel-Vertraute Müller arbeite für 2000 Mark monatlich zwischen 16 und 20 Stunden wöchentlich für die Dresdner Bank. Bei der Geldsumme handele es sich um ein "deutlich reduziertes Gehalt". Ein CDU-Sprecher wollte den Bericht nicht kommentieren. Müller und die Dresdner Bank hatten am Donnerstag Gehaltszahlungen eingeräumt und sie zugleich verteidigt. Eine Summe nannten sie jedoch nicht.

Die "Welt" berichtete, der SPD-Bundestagsabgeordnete Wilfried Schreck aus Cottbus erhalte Gehaltszahlung vom Energiekonzern Vattenfall. Daneben erzielten CDU-Gesundheitsexperte Andreas Storm, der Ehrenvorsitzende der CDU-Sozialausschüsse, Rainer Eppelmann und Unions-Fraktionsvizechef Klaus Lippold Nebeneinkünfte. Die Vorsitzende des Finanzausschusses, Christine Scheel (Grüne) erklärte, als Vertrauensfrau bei der Bausparkasse Schwäbisch Hall verdiene sie rund 6800 Euro im Jahr.

 [Drucken Sie diesen Artikel](#)

 [Email diesen Artikel](#)

AUCH IN DIESER RUBRIK

[Annan besucht Flutgebiet - Ganze Landstriche ausgelöscht](#)

[Unicef bestätigt Fall von Kinderhandel mit Flut-Opfer](#)

[G7 einigen sich auf Schuldenmoratorium für Flutländer](#)

[Grüne: Abgeordnete sollten Einkunftshöhe offenlegen](#)

[Zypern besteht offenbar nicht auf Strafe für Vaterschaftstests](#)

[Top-Nachrichten Archiv >](#)

IN ANDEREN RUBRIKEN

[Autobranche erkaufte sich steigenden Absatz teuer](#)

[Deutsche Industrie im November mit weniger Aufträgen](#)

[Wirtschaft uneins über EU-Beitritt der Türkei](#)

[Regierung nennt Verhältnis zur Bundesbank gut](#)

[US-Börsen nach Arbeitsmarktdaten etwas fester](#)

[nach oben](#)

[Über Reuters](#) [Karrieren](#) [Produkte und Dienstleistungen](#) [Reuters.com](#) [Reuters.co.uk](#) [Reuters.co.jp](#)

[Impressum](#) [Gewährleistung](#) [Copyright](#) [Datenschutz](#)